

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die 27. Sitzung des Kreistages  
am Montag, den 25.02.2019 (öffentlicher Teil)

---

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr  
Sitzungsende: 18:20 Uhr  
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,  
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

### **Anwesenheit:**

Anwesend:

Landrat  
Fügmann, Thomas

Beigeordnete(r)  
Hauck, Jürgen

Fraktion der CDU  
Detko, Lothar  
Franke, Thomas  
Gersdorf, Katrin (bis 15:50 Uhr)  
Gruhner, Stefan  
Hanna, Allam Dr. med.  
Modde, Michael  
Peißker, Gabriele  
Poßner, Wolfgang  
Sachse, Carsten  
Schübel, Jan  
Smailes, Sandra  
Steffen, Berthold  
Timmler, Christine  
Völm, Arnfried Dr. (bis 17:55 Uhr)  
Weidermann, Thomas Dr.  
Wetzel, Siegfried  
Zapf, Marcel

Fraktion der SPD  
Feike, Anette  
Klimpke, Juergen K.  
Oppel, Peter (bis 17:15 Uhr)

Fraktion Die LINKE  
Kalich, Ralf  
Klinghammer, Volker (bis 15:50 Uhr)  
Knüpfer, Dieter

Lukas, Almut  
Möller, Klaus  
Rebelein, Dieter Dr.  
Schlupeck, Gunter  
Weithase, Helga

Fraktion der UBV  
Kleindienst, Wolfgang  
Militzer, Bernd  
Querengässer, Gerd  
Scheffczyk, Andreas

FDP  
Borchardt, Alf-Heinz (bis 17:55 Uhr)  
Ortwig, Volker

SIP  
Truschzinski, Constanze

Mitarbeiter der Kreisverwaltung  
Bergner, Christian Dr.  
Beyer, Kerstin  
Butz, Regina  
Danzer-Nitsch, Inge  
Frotscher, Dagmar  
Heynisch, Jens  
Jahn, André  
Käßner, Mandy  
Keller, Nils  
Koberstädt, Sylvia  
Mäder, Klaus  
Nielsen, Katrin  
Nitsch, Michael  
Pelke, Ralf  
Sigmund, Michael  
Unger, Philipp  
Weiß, Sandra  
Wollschläger, Brit  
Ziemann, Constanze

Entschuldigt:

Fraktion der CDU  
Martin, Leila  
Schugens, Gottfried

Fraktion der SPD  
Fröhlich, Lars (krank)  
Kanis, Regine (krank)  
Kleebusch, Enrico (dienstl. Gründe)  
Seidel, Marco (dienstl. Gründe)  
Wohl, Rüdiger (krank)

Fraktion Die LINKE  
Fleischmann, Hannelore (krank)  
Hofmann, Thomas (krank)

Fraktion der UBV  
Heidrich, Lutz (dienstl. Gründe)  
Weigelt, Thomas

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung des Kreistages am 10.12.2018 (öffentlicher Teil)
2. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung des Saale-Orla-Kreises  
Vorlage: KT/115/2018
3. Verwendung zusätzlicher Einnahmen im Verwaltungshaushalt 2019  
Vorlage: KT/123/2019
- 3.1. Änderungsantrag UBV-Fraktion zur Verwendung zusätzlicher Einnahmen im Verwaltungshaushalt
4. Beschluss über die Aufgabenstellung für den Erweiterungsbau an der Staatlichen Regelschule Schleiz "Johann Wolfgang von Goethe", August-Bebel-Straße 10, 07907 Schleiz  
Vorlage: KT/122/2019
5. Absichtserklärung zum Bau der Linkenmühlenbrücke über den Hohenwarthestausee  
Vorlage: KT/121/2019
6. Mitgliedschaft des Saale-Orla-Kreises im Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)  
Vorlage: KT/124/2019
7. Anträge
- 7.1. Neuregelung der Besetzung von Ausschuss-Sitzen  
Vorlage: AN/061/2019
- 7.2. Einrichtung einer schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Gymnasien in Schleiz und Pößneck  
Vorlage: AN/062/2019
- 7.3. Änderung der Satzung des Jugendamtes zur Aufnahme eines Vertreters der Eltern als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: AN/063/2019
- 7.4. Antrag auf Akteneinsicht zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme "Brandschutztechnische und Energetische Sanierung" Staatliche Gemeinschaftsschule Triptis  
Vorlage: AN/064/2019
8. Informationen/Sonstiges
9. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 27. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Von Herrn Scheffczyk wird beantragt, den derzeitigen TOP 2.1 aus dem nichtöffentlichen Teil (Strafanzeige im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Gemeinschaftsschule Triptis) im öffentlichen Teil zu behandeln.

Hierzu wird vom Landrat Gegenrede gehalten mit dem Hinweis auf die notwendige Herstellung der Nichtöffentlichkeit aufgrund laufender Verfahren.

Der Antrag zur Änderung der Tagesordnung wird **mehrheitlich** abgelehnt.

### **Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 26. Sitzung des Kreistages am 10.12.2018 (öffentlicher Teil)**

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**mehrheitlich  
bei 3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 26. Sitzung des Kreistages am 10.12.2018 (öffentlicher Teil).“

**253-27/2019**

### **Zu TOP 2 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung des Saale-Orla-Kreises Vorlage: KT/115/2018**

Von Frau Weiß wird zusammenfassend über die gesetzlichen Änderungen informiert, die Grund für die vorliegende Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung sind.

Die Beschlussvorlage wurde bereits in die Kreistagssitzung im Dezember eingebracht, aber auf Wunsch des Finanzausschusses zu einer Vorberatung wurde die Vorlage von der Tagesordnung zurückgezogen. In der Sitzung des Finanzausschusses am 20.02.2019 wurde eine mehrheitliche Empfehlung erteilt, so dass heute die Beschlussvorlage zur Entscheidung vorliegt.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage beigefügten Fassung.“

**254-27/2019**

### **Zu TOP 3 Verwendung zusätzlicher Einnahmen im Verwaltungshaushalt 2019 Vorlage: KT/123/2019**

#### **Zu TOP 3.1 Änderungsantrag UBV-Fraktion zur Verwendung zusätzlicher Einnahmen im Verwaltungshaushalt**

Von Herrn Unger wird informiert, dass nach erfolgter Beschlussfassung des Kreistages zum Haushalt 2019 eine positive Entwicklung im Verwaltungshaushalt durch weitere Einnahmen der endgültigen Schlüsselzuweisung zu verzeichnen ist. Hinsichtlich der Ausgangsdaten sowie den Hintergründen der zusätzlichen Einnahme wird auf die Darstellungen im Sachverhalt verwiesen. Mit den Mehreinnahmen soll der Bedarf an Werterhaltung bei Sportstätten, Schulen, Kreisstraßen und EDV-Ausstattung abgedeckt werden. Zu den Details der Ausgabepositionen bzw. der Maßnahmen wird auf die Übersichten der Anlagen 1 und 2 hingewiesen. Mit der Beschlussfassung der überplanmäßigen Ausgaben soll dem Ziel einer schnellstmöglichen Umsetzung der Maßnahmen nachgekommen werden.

Vom Landrat wird die mehrheitliche Empfehlung durch den Finanzausschuss bestätigt.

Zum Änderungsantrag der UBV-Fraktion wird von Herrn Scheffczyk darauf aufmerksam gemacht, dass die Fraktion grundsätzlich für die Umsetzung der Maßnahmen ist. Aus seiner Sicht ist im Rahmen einer Beschlussfassung zu überplanmäßigen Ausgaben keine Abstimmung über die Maßnahmen im Gesamtpaket möglich, sondern bedarf eines Einzelbeschlusses für jede HH-Stelle. Weiter wird eingeschätzt, dass der Bedarf teilweise langfristig bekannt ist und somit keine Dringlichkeit gegeben ist. Auf die gesetzlichen Vorgaben für die Entscheidungszuständigkeiten der einzelnen Gremien bzw. des Landrates wird umfassend hingewiesen.

Zu den einzelnen Beschlussvorschlägen des Änderungsantrages wird Stellung genommen und die Positionen ausführlich begründet. Es wird z.B. die Notwendigkeit der EDV-Ausstattung hinterfragt, die Bedeutung der Schulsozialarbeit dargestellt und sich für eine Wiederaufnahme an allen Schulen ausgesprochen sowie den vorhandenen Beratungsbedarf der Kommunen in Windkraftangelegenheiten finanziell zu unterstützen.

Weiter wird angeregt, mit einer Dringlichkeitsvorlage in der morgen stattfindenden Sitzung des Bau- u. Vergabeausschusses konkrete Einzelmaßnahmen aus der Prioritätenliste festzulegen.

Für die EDV-Ausstattung wird von Herrn Pelke über die Notwendigkeit eines Updates berichtet, dass aufgrund des finanziellen Umfangs aus dem Haushalt der vergangenen Jahre gestrichen wurde. Als Begründung für die angegebene Summe wird angeführt, dass eine Aktualisierung mit Ablauf der Frist im Jahr 2020 immer dringender wird, da ansonsten bestimmte Fachverfahren nicht mehr durchführbar sind. Bei einer Streckung der Maßnahme über mehrere Jahre ist von einem deutlich höheren Gesamtbetrag auszugehen.

Vom Landrat hat bewusst dem Kreistag als höchstes Gremium diese wichtige Entscheidung vorgelegt und sich deshalb gegen Einzelbeschlüsse entschieden.

Aus der Sitzung des Finanzausschusses wird von Herrn Dr. Hanna über die Empfehlung des Ausschusses berichtet, da dort die Argumentation der Verwaltung für eine schnelle Umsetzung überzeugt hat.

Hinsichtlich einer Dringlichkeitsvorlage für den Bau- und Vergabeausschuss wird von Herrn Bochart angeführt, dass es einer Verweisung der Beschlussfassung durch den Kreistag bedarf.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Gruhner, Herr Scheffczyk, Herr Dr. Rebelein, Herr Kleindienst, Herr Borchardt, Herr Steffen, Herr Knüpfer und der Landrat. Einvernehmlich wird die Notwendigkeit von Werterhaltungen bestätigt bzw. die Finanzierung in diesem Bereich als positiv eingeschätzt.

Von Herrn Scheffczyk wird wiederholt die Zuständigkeit beim Bau- und Vergabeausschuss erachtet und um eine juristische Prüfung der Sachlage gebeten.

Schwerpunkte der Diskussion sind u.a. die Verantwortlichkeit für die Beschlussfassung, der aktuelle Verfahrensstand Regionalplanung und der damit verbundene Beratungsbedarf, die Nachvollziehbarkeit von Investitionen im EDV-Bereich, der Wunsch auf Fortführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an allen Schulen des Landkreises bzw. die Möglichkeiten einer solchen Umsetzung, Hinweise zu ebenfalls notwendigen Vorhaben und den Prioritäten.

Von Herrn Dr. Völm wird der **Geschäftsordnungsantrag auf „Ende der Diskussion“** gestellt, dem wird **mehrheitlich** (bei 26 Ja-Stimmen und 5 Gegenstimmen) **entsprochen**.

Es folgt ein Meinungs austausch zum Abstimmungsverfahren.

Herr Scheffczyk erklärt sich zum Vorschlag von Herrn Borchardt, eine Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge des Änderungsantrages durchzuführen, einverstanden.

Die Mitglieder des Kreistages **lehnen** den I. Beschlussvorschlag aus dem Änderungsantrag der UBV-Fraktion zur KT-Vorlage KT/123/2019 mit dem nachfolgenden Wortlaut:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 70.000,00 € in der Haushaltsstelle 1.20000.500 für dringend notwendige Werterhaltungsmaßnahmen an Schulen. Die konkreten Einzelmaßnahmen legt der Bau- und

Vergabeausschuss des Saale-Orla-Kreises in seiner nächsten Sitzung am 26.02.2019 nach der entsprechenden Prioritätenliste der Verwaltung fest.“

**mehrheitlich (bei 7 Ja-Stimmen und 23 Gegenstimmen) ab.**

Die Mitglieder des Kreistages **lehnen** den II. Beschlussvorschlag aus dem Änderungsantrag der UBV-Fraktion zur KT-Vorlage KT/123/2019 mit dem nachfolgenden Wortlaut:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 320.000,00 € in der Haushaltsstelle 1.56000.500 für dringend notwendige Werterhaltungsmaßnahmen an Sportstätten des SOK. Die konkreten Einzelmaßnahmen legt der Bau- und

Vergabeausschuss des Saale-Orla-Kreises in seiner nächsten Sitzung am 26.02.2019 nach der entsprechenden Prioritätenliste der Verwaltung fest.“

**mehrheitlich (bei 8 Ja-Stimmen und 18 Gegenstimmen) ab.**

Die Mitglieder des Kreistages fassen **mehrheitlich (bei 14 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen)** nachfolgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 80.000,00 € in der Haushaltsstelle 1.77100.51200 für dringend notwendige Maßnahmen zur Oberflächenbehandlung an Kreisstraßen.“

**255-27/2018**

Die Mitglieder des Kreistages **lehnen** den IV. Beschlussvorschlag aus dem Änderungsantrag der UBV-Fraktion zur KT-Vorlage KT/123/2019 mit dem nachfolgenden Wortlaut:  
„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 60.000,00 € in der Haushaltsstelle 1.45206.78101 für die Fortführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit am Dr.-Konrad-Duden-Gymnasium in Schleiz und am Gymnasium „Am weißen Turm“ in Pößneck.“

**mehrheitlich (bei 9-Ja-Stimmen und 19 Gegenstimmen) ab.**

Die Mitglieder des Kreistages **lehnen** den V. Beschlussvorschlag aus dem Änderungsantrag der UBV-Fraktion zur KT-Vorlage KT/123/2019 mit dem nachfolgenden Wortlaut:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt dem Landrat folgende überplanmäßige Ausgaben zu empfehlen:

1. 10.000,00 € in der Haushaltsstelle 1.77100.5000 für Werterhaltung im Kreisbauhof
2. 10.000,00 € in der Haushaltsstelle 1.77100.51000 für Material Straßenbau
3. 15.000,00 € in der Haushaltsstelle 1.02300.65500 zweckgebunden für rechtliche und fachliche Unterstützung der von Windkraftvorranggebieten betroffenen Kommunen.“

**mehrheitlich (bei 6 Ja-Stimmen und 22 Gegenstimmen) ab.**

Herr Scheffczyk stellt den **Geschäftsordnungsantrag** eine **persönliche Erklärung** abzugeben. Er betont, dass durch die Ablehnung der überplanmäßigen Ausgaben gemäß den UBV-Anträgen ein rechtliches Problem mit der Abstimmung der Beschlussvorlage der Verwaltung entsteht.

Vom Landrat, Herrn Klimpke und Herrn Borchardt wird hingewiesen, dass über die Änderungsanträge zum Antrag abgestimmt wurde. Da diese Zahlen in der Vorlage der Verwaltung enthalten sind, wird kein rechtliches Problem gesehen.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**mehrheitlich bei  
1 Gegenstimme und  
11 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt, die zusätzlichen Einnahmen der Schlüsselzuweisung im Verwaltungshaushalt 2019 als Deckung für die in Anlage 1 aufgelisteten Ausgabepositionen in Höhe von 580.000,00 € zur Verfügung zu stellen und die entsprechenden überplanmäßigen Ausgaben vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung 2019 zu genehmigen.“

**256-27/2019**

Zur Geschäftsordnung ergeht von Herrn Klimpke der Hinweis, dass der Beschlusstext durch den Versammlungsleiter vor der Abstimmung zu verlesen ist und die Vorgehensweise des Landrates nicht zu akzeptieren ist. Um künftige Einhaltung wird gebeten.

**Zu TOP 4    Beschluss über die Aufgabenstellung für den Erweiterungsbau an der Staatlichen Regelschule Schleiz "Johann Wolfgang von Goethe", August-Bebel-Straße 10, 07907 Schleiz**

### **Vorlage: KT/122/2019**

Zum Sachverhalt wird von Frau Beyer an die Beschlussfassung des Kreistages am 04.06.2018 erinnert. Unter Punkt 2 wurde die Vorlage einer entsprechenden Aufgabenstellung als Grundlage für die weitere Planung der Maßnahme gefordert. In der Zwischenzeit wurde von der Schulkonferenz der Beschluss vom 23.01.2019 mit der Aufgabenstellung für einen Erweiterungsbau vorgelegt, der sich im Beschlussvorschlag wiederfindet.

Der zeitliche Ablauf für dieses Vorhaben wird von Herrn Scheffczyk zusammenfassend dargestellt und die aktuellen Bestrebungen begrüßt. Aus Sicht der UBV-Fraktion ist diese Maßnahme mit einem Gesamtvolumen von 2 Mill. € nicht verwirklichtbar und deshalb wird der vorliegende Änderungsantrag gestellt, den letzten Satz des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern:

„Es ist zu prüfen, ob die Maßnahme mit Gesamtkosten (KG 100-700) von höchstens 2 Mill. € realisierbar ist.“

Vom Landrat wird informiert, dass mit der Beschlussfassung der Prozess gestartet werden soll, um gemeinsam mit der Stadt Schleiz einen Ideenwettbewerb veranlassen zu können. Die Angabe der Gesamtkosten soll den Architekten hierbei als Orientierung dienen. Grundlage der Planung sollten die derzeitigen Schülerzahlen sein, da aktuell keine Kapazitätsprobleme vorhanden bzw. die Schülerzahlen für die Regelschule Schleiz bis ins Jahr 2028 gleichbleibend sind.

Von Herrn Klimpke wird angeregt, die Formulierung „sollte“ im letzten Satz aufzunehmen.

Aus dem Bau- und Vergabeausschuss wird von Herrn Franke über den dort erteilten Hinweis informiert, dass im Falle eines Mehrbedarfes die Möglichkeit der späteren Erweiterung z.B. durch ein weiteres Stockwerk bereits mit eingeplant werden soll.

Da zum jetzigen Zeitpunkt keine Entscheidung über eine Gesamtsumme getroffen werden kann, wird von Herrn Scheffczyk beantragt, den letzten Satz komplett zu streichen.

Ergänzend wird von Frau Beyer ausgeführt, dass der Raumbedarf geprüft wurde und laut den Empfehlungen des Thür. Schulraumprogrammes ausreichend für die 3-zügige Schule ist. Zur Festlegung der angegebenen Gesamtsumme wird mitgeteilt, dass hierfür Vergleichswerte des Mensabaus Neustadt herangezogen wurden und die Rechenweise überschlägig erläutert.

Der Änderungsantrag der UBV-Fraktion hinsichtlich der o.g. Änderung des Wortlautes wird **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich  
bei 2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Aufgabenstellung für den Erweiterungsbau an der Staatlichen Regelschule Schleiz „Johann Wolfgang von Goethe“, August-Bebel-Str. 10, 07907 Schleiz in der beiliegenden Fassung.“

**257-27/2019**



*Frau Gersdorf und Herr Klinghammer gehen 15:50 Uhr.*

**Pause: 15:50 – 16:20 Uhr.**

**Zu TOP 5 Absichtserklärung zum Bau der Linkenmühlenbrücke über den Hohenwarthestausee  
Vorlage: KT/121/2019**

Zusammenfassend wird vom Landrat zum aktuellen Sachstand berichtet. Die Federführung für das Projekt liegt beim Thür. Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, auf dessen Initiative gemeinsame Termine mit den Landräten und Bürgermeistern stattgefunden haben, aus denen als Ergebnis die als Anlage beigefügte Absichtserklärung hervorgegangen ist. Als wichtigste Punkte der Absichtserklärung werden u.a. genannt die Auftraggeberfunktion des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt, die Beauftragung eines Planungsbüros mit den Leistungsphasen 1 und 2, die Förderung der Planungskosten durch das Land und die Entscheidung zum weiteren Vorgehen erst nach positivem Abschluss der Leistungsphase 2. Für das weitere Vorgehen bedarf es jetzt der Beschlussfassung durch den Kreistag. Von Herrn Klimpke wird informiert, dass sich der Wirtschaftsausschuss ausführlich mit der Thematik beschäftigt hat mit dem Ergebnis einer mehrheitlichen Empfehlung.

Von Herrn Kalich wird hinterfragt, ob ein Rechtsanspruch mit der Formulierung unter Punkt 5 „ein Planungsbüro optional für die Leistungsphasen 3 bis 4 zu binden“ entstehen kann. Zu Punkt 3 wird darauf verwiesen, frühzeitig die Träger Öffentlicher Belange (Straßen, Naturschutz etc.) einzubeziehen.

Zu Punkt 5 wird von Herrn Heynisch in der Regelung für Leistungsphasen 1 und 2 die Grundlage für die Vorbereitungen gesehen, die Formulierung für die Phasen 3 und 4 stellen nur dann eine Verpflichtung dar, wenn das Projekt über die Leistungsphase 2 hinaus fortgeführt wird.

In der Diskussion werden von Herrn Oppel, Herrn Dr. Rebelein, Herrn Borchardt und Herrn Schlupeck die Auswirkungen des Brückenbaus auf den Tourismus, die Anliegerstraßen und den Naturschutz mit teils unterschiedlichen Meinungen erörtert sowie auf die Vertretbarkeit des Steuergeldereinsatzes hingewiesen.

Auf die Nachfrage des Landrates wird **Herrn Schindler**, Bürgermeister der Gemeinde Gössitz, **mehrheitlich Rederecht** erteilt.

Von Herrn Schindler wird bestätigt, dass die Gemeinde hinter dem Projekt steht. Die Aufgabe des Brückenneubaus wird nicht als Aufgabe der Kommune oder des Landkreises gesehen, sondern hierfür ist aus seiner Sicht der Bund bzw. das Land in die Pflicht zu nehmen.

Hinsichtlich der Bauwerksgröße wird sich gegen eine Fußgängerbrücke aber auch gegen den Schwerlastverkehr ausgesprochen. Es wird ausdrücklich um eine positive Entscheidung des Kreistages gebeten.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich  
bei 8 Gegenstimmen  
und 2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Abgabe einer Absichtserklärung (Letter of Intent) zum Bau der Linkenmühlenbrücke in der beiliegenden Fassung.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, eine Zweckvereinbarung nach Punkt 4. der Absichtserklärung mit dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt abzuschließen.

**258-27/2019**

**Zu TOP 6 Mitgliedschaft des Saale-Orla-Kreises im Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)  
Vorlage: KT/124/2019**

Auf die Nachfrage des Landrates wird Herrn Bitter/Geschäftsführer der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) Rederecht erteilt.

Zur Einführung in den Sachverhalt wird von Herrn Keller auf die umfangreichen Erläuterungen in der Beschlussvorlage verwiesen. Zusammenfassend wird die Notwendigkeit der Umsetzung des E-Governments, der damit verbundenen Angebotsumstellung bzw. der erforderlichen Software-einführung bis zum Jahr 2022 dargestellt. Ebenso wird über die Vorteile einer Mitgliedschaft bei der KISA und deren Komplettangebot informiert. Von Herrn Dr. Hanna wird die einstimmige Empfehlung des Finanzausschusses zur Beschlussvorlage bestätigt.

Von Herrn Bitter wird über das Angebot der IT-Unterstützung für die Kommunen und den Dienstleistungen des Zweckverbandes informiert. Es wird betont, dass kein Mitgliedsbeitrag für den Zweckverband anfällt, sondern nur die erbrachten Leistungen zu zahlen sind. Als einziges finanzielles Risiko wird eine mögliche Umlagezahlung angeführt.

Einzelne Nachfragen von Herrn Dr. Weidermann, Herrn Borchardt, Herrn Franke, Herrn Kleindienst, Herrn Möller und Frau Truschzinski zu Details des Leistungsangebotes, den Kosten, den Datenschutz, Nutzungen durch die Kommunen etc. werden direkt von Herrn Bitter und Herrn Pelke beantwortet.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich  
bei 2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

- „1. Der Kreistag beschließt den Beitritt des Saale-Orla-Kreises zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und nimmt die als Anlage 1 beigefügte Satzung des Zweckverbandes und die als Anlage 2 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes zur Kenntnis.
2. Der Kreistag beauftragt und ermächtigt den Landrat, den Beitritt des Saale-Orla-Kreises zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unverzüglich zu beantragen und alle im Rahmen des Beitrittsverfahrens erforderlichen Erklärungen abzugeben und entgegenzunehmen. Dies gilt auch für die Einholung von rechtsaufsichtlichen Genehmigungen.“

259-27/2019

Herr Oppel geht 17:15 Uhr.

**Zu TOP 7 Anträge**

**Zu TOP 7.1 Neuregelung der Besetzung von Ausschuss-Sitzen  
Vorlage: AN/061/2019**

Auf den Sachverhalt der Beschlussvorlage wird von Herrn Dr. Rebelein verwiesen.  
Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.  
Die Mitglieder des Kreistages fassen

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt folgende Neuregelung in der Besetzung von Ausschuss-Sitzen der Fraktion die LINKE:

Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Strukturförderung:

Mitglied: Dieter Knüpfer (anstelle von Klaus Pechtl)

Stellvertreter: Volker Klinghammer (anstelle von Dieter Knüpfer)

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport:

Stellvertreter: Volker Klinghammer (anstelle von Klaus Pechtl).“

260-27/2019

**Zu TOP 7.2 Einrichtung einer schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Gymnasien  
in Schleiz und Pößneck  
Vorlage: AN/062/2019**

Zur aktuellen Situation der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Schulen des Landkreises wird von Herrn Scheffczyk auf die vorhergehenden Ausführungen unter TOP 3 hingewiesen. Insbesondere von den Gymnasien in Schleiz und Pößneck wurde mit den beigefügten Schreiben der weitere Bedarf für eine Fortführung angezeigt. In Beantwortung der Forderungen zum Erhalt der Schulsozialarbeit an den beiden Gymnasien wurde durch das zuständige Ministerium auf die Verantwortung des Landkreises verwiesen.

Mit der Begründung, dass die Entscheidung zum Jugendförderplan im Jugendhilfeausschuss getroffen wurde, wird von Herrn Möller der **Geschäftsordnungsantrag** gestellt, den Antrag der UBV-Fraktion **in den Jugendhilfeausschuss** zur Diskussion **zu verweisen**.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich  
bei 8 Gegenstimmen**

nachfolgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises verweist den Antrag der UBV-Fraktion (AN/062/2019) – Einrichtung einer schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Gymnasien in Schleiz und Pößneck – in den Jugendhilfeausschuss.“

### **261-27/2019**

Von Herrn Scheffczyk wird gebeten, den Kreistag über die Entscheidung des Jugendhilfeausschusses zu informieren.

#### **Zu TOP 7.3 Änderung der Satzung des Jugendamtes zur Aufnahme eines Vertreters der Eltern als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss Vorlage: AN/063/2019**

Zum Sachverhalt des Antrages der UBV-Fraktion wird von Herrn Scheffczyk auf die aktuelle nicht vorhandene Beteiligungsmöglichkeit für die Schüler, vertreten durch ihre Eltern, hingewiesen. Mit dem Antrag soll auch dieser Personengruppe, die Gelegenheit gegeben werden, die Interessen entsprechend im Jugendhilfeausschuss einzubringen.

Vom Landrat wird darauf aufmerksam gemacht, dass es eine Vielzahl von Elternvertretern je nach Schulform oder auch Kreiselternsprecher gibt und angeregt, eine genauere Festlegung für das zu berufende beratende Mitglied des Jugendhilfeausschusses zu benennen. Es wird vorgeschlagen, den Antrag zur Änderung der Satzung in den Jugendhilfeausschuss der neuen Legislaturperiode zu verweisen.

Weitere Hinweise oder Nachfragen zum Thema ergehen von Herrn Scheffczyk, Herrn Kleindienst, Herrn Borchardt und Frau Truschzinski.

Auf Grund, dass das Anliegen der UBV-Fraktion zwar nachvollziehbar ist, aber in der heutigen Sitzung des Kreistages keine Lösung geschaffen werden kann, wird von Herrn Kalich der **Geschäftsordnungsantrag** auf „**Ende der Debatte**“ gestellt sowie den **Antrag in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen**.

Ergänzend wird von Herrn Scheffczyk mitgeteilt, dass keine Personenauswahl getroffen werden soll, sondern in der Satzung des Jugendamtes die Möglichkeit zur Berufung eines Elternvertreters als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss ergänzt wird.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich  
bei 10 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises verweist den Antrag der UBV-Fraktion (AN/063/2019) – Änderung der Satzung des Jugendamtes zur Aufnahme eines Vertreters der Eltern als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss – in den Jugendhilfeausschuss.“

262-27/2019

**Zu TOP 7.4 Antrag auf Akteneinsicht zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der  
Baumaßnahme "Brandschutztechnische und Energetische Sanierung"  
Staatliche Gemeinschaftsschule Triptis  
Vorlage: AN/064/2019**

Zum Antrag der UBV-Fraktion wird von Herrn Scheffczyk ergänzt, dass aufgrund der Empfehlungen des Kreisausschusses ein Änderungsantrag des Beschlussvorschlages hinsichtlich der konkret zur Akteneinsicht zur Verfügung zu stellenden Schreiben, einer Zeitbegrenzung und der Festlegung von zwei Mitgliedern je Fraktion und den fraktionslosen Mitgliedern vorgelegt wurde.

Von Herrn Borchardt wird eine Akteneinsicht grundsätzlich als gutes Aufklärungsmittel erachtet, aber die Unterbrechung der Sitzung mit der angegebenen Zeit als wenig sinnvoll erklärt.

Es wird angeregt, die jeweiligen Mitglieder für die Durchführung der Akteneinsicht zu benennen und einen separaten Termin vorzuschlagen.

In der Aussprache werden von Herrn Dr. Hanna, Herrn Klimpke, Landrat Fügmann, Herrn Borchardt und Herrn Kalich u.a. Punkte wie das Eingangsdatum des Änderungsantrages, das Informationsrecht des Kreistages und insbesondere die Durchführungsform der Einsichtnahme diskutiert.

Zu den Nachfragen wird von Herrn Nitsch erläutert, dass aufgrund eines Antrages (auch eines Einzelnen) mit Mehrheitsbeschluss eine Festlegung zu erfolgen hat, wer (Person oder Ausschuss) die Einsicht wahrnehmen soll. In dieser Form ist der Beschluss zu präzisieren. Zum Vorschlag von Herrn Scheffczyk die Namen an das Kreistagsbüro binnen einer Woche zu melden, wird von Herrn Nitsch, darauf hingewiesen, dass die Personen im Beschlusstext aufgeführt sein müssen.

Von den Fraktionen werden die jeweiligen Mitglieder namentlich benannt und der Kreistag fasst daraufhin

**einstimmig**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag beschließt, dass den Fraktionen (jeweils zwei Personen) und fraktionslosen Mitgliedern des Kreistages innerhalb von vier Wochen Einsicht in alle Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Beauftragung eines Rechtsanwaltes bezüglich der Baumaßnahme „Brandschutztechnische und Energetische Sanierung Staatliche Gemeinschaftsschule Triptis“ stehen, gewährt wird.

Für die Akteneinsicht zum vorbenannten Sachverhalt werden folgende Kreistagsmitglieder benannt:

UBV-Fraktion – Herr Scheffczyk und Herr Querengässer,  
Fraktion Die LINKE – Herr Schlupeck und Herr Knüpfer,  
SPD-Fraktion – Frau Feike und Herr Klimpke,  
CDU-Fraktion – Herr Franke und Herr Steffen sowie  
Herr Borchardt, Herr Ortwig und Frau Truschzinski.“

263-27/2019

*Herr Borchardt und Herr Dr. Völm gehen 17:50 Uhr.*

### **Zu TOP 8 Informationen/Sonstiges**

Durch den Landrat werden folgende Informationen gegeben:

- Das Schreiben des Thür. Landesverwaltungsamtes vom 06.02.2019 zur Haushaltswürdigung wurde vor Sitzungsbeginn an alle Kreistagsmitglieder verteilt.
- Das Statistisches Zahlenmaterial des Jobcenters wurde vor Sitzungsbeginn an die Fraktionsvorsitzenden ausgegeben.

### **Zu TOP 9 Anfragen**

Zu den Anfragen der UBV-Fraktion wird vom Landrat mitgeteilt, dass der Fragenkomplex schulbezogene Jugendsozialarbeit schriftlich beantwortet wurde und allen Kreistagsmitgliedern vor Sitzungsbeginn ausgereicht wurde. Die schriftliche Beantwortung der Fragen zum Thema Baumaßnahme Gemeinschaftsschule Triptis wird nachgereicht werden.

Zum Komplex schulbezogene Jugendsozialarbeit sieht Herr Scheffczyk insbesondere die Punkte 2.2 und 2.3 als nicht ausreichend beantwortet und bittet auch dazu um Antwort.

*Herr Querengässer geht 17:55 Uhr.*

Unter Hinweis auf vorliegende neue Zahlen des Landkreises Saalfeld sowie Pressemitteilungen zur Zukunft der Leitstellen in Thüringen werden von Herrn Dr. Weidermann mögliche neue Aspekte für die Entscheidung des Saale-Orla-Kreises und den aktuellen Umsetzungsstand des Kreistagsbeschlusses hinsichtlich des Beitrittes zum Rettungszweckverband Gera hinterfragt.

Vom Landrat wird bestätigt, dass der Beitritt zum 07.02.2019 vollzogen wurde bzw. weitere Möglichkeiten nicht gegeben sind.

Von Herrn Hauck wird informiert, dass keine offiziellen neuen Zahlen des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt vorliegen, sondern lediglich von interessierten Personen andere nicht brauchbare Daten verbreitet werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass nicht nur die Zahlen des nächsten Jahres ausschlaggebend sind, sondern auch längerfristig die Perspektive im Verbund zu sehen ist. Als ausschlaggebend für die Entscheidung wird angeführt, dass die künftige Verteilung der Lasten auf mehrere Landkreise sich positiver auswirkt bzw. in Zukunft eine Kostendeckung der Leitstelle Saalfeld nicht zu erreichen ist. Die Thematik wurde langfristig beraten und damit die Behauptung mangelnder Aktivitäten zurückgewiesen. Von Herrn Dr. Weidermann wird auf das Unverständnis des Nachbarlandkreises zur Entscheidung aufmerksam gemacht und angeregt, für dieses Thema eine Arbeitsgruppe zu bilden. Hierzu wird vom Landrat mitgeteilt, dass Gespräche mit Landrat Wolfram erfolgt sind und dieser die Richtigkeit der aktuellen Zahlen versichert hat. Beratungen mit einzelnen Kreistagsmitgliedern wird es nicht geben.

Von Herrn Kleindienst wird auf Vorwürfe des Kreisverbandes DIE GRÜNEN in der Presse zur Integrationspolitik des Landkreises und insbesondere der Gemeinschaftsunterkunft hingewiesen. Aus Sicht des Landrates bedarf es keiner öffentlichen Gegendarstellung, da die Integrationsstrategie auf der Internetseite des Landkreises zu finden ist bzw. die dort aufgeführten Maßnahmen eingehalten wurden.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Kreistages um 18:15 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

**Fügmann**  
Landrat

**Beate Eismann**  
Schriftführerin